2,–

ARBEITSGRUNDLAGE

Freie Arbeiter Union

Internationale Arbeiter Assoziation

Anarcho-Syndikalisten

INHALT

3	"Aufruf"
6	Prinzipienerklärung
12	Statuten
17	Grundsätzliche Beschlüsse der F.A.U.
20	Rationalisierung
26	Basisgruppen
27	Anarchistische Föderationen
28	Parteien
29	Terrorismus
30	Anhang
36	Statuten der I.A.A.
51	Nachwort

Na denn mal los...!

»Aufruf«

Massenarbeitslosigkeit, Reallohnsenkungen und immer massivere Kürzungen sozialer Leistungen sind Ausdruck einer Offensive von Kapital und Staat, wie wir sie in dieser Offenheit und Aggressivität in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht erlebt haben.

Eine Gewerkschaftsbewegung, die sich diesem wirtschaftlichen und politischen Druck wirksam entgegenstemmen und die materiellen Interessen der arbeitenden Menschen verteidigen will, muß notwendigerweise antikapitalistisch sein.

Dazu sind die deutschen Gewerkschaften - organisatorisch vereint im DGB - nicht in der Lage. Nach mehr als 3o Jahren Interessenausgleich, Harmonie und Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit haben die DGB-Gewerkschaften weder die Fähigkeit noch den Willen, der brutalen Offensive von Kapital und Staat die Kraft ihrer fast 8 Mio organisierten Arbeitnehmer entgegen zu setzen.

Nichts zeigt die theoretische wie praktische Hilfslosigkeit der DGB-Gewerkschaften besser, als ihre halbherzigen Appelle und Forderungskataloge gegen die Massenarbeitslosigkeit.

Dieser Untätigkeit und Wirkungslosigkeit nach außen entspricht die totale Bürokratisierung nach innen. Das Nichtvorhandensein gewerkschaftlicher Öffnetlichkeit, fehlende Strukturen an der Basis und die Unmöglichkeit, sich als einfaches Mitglied Gehör zu verschaffen, geschweige denn Einfluß nehmen zu können, führen dazu, daß viele ewig beitragszahlende Karteileichen bleiben oder aber sich nach einiger Zeit resigniert aus der aktiven Arbeit wieder zurückziehen.

Mit den gewerkschaftlichen Strukturen kann, wie gesagt, fast nichts mehr erreicht werden und innerhalb dieser Strukturen sind auch keine wesentlichen Veränderungen möglich. Sie können bestenfalls noch dazu dienen, Kollegen anzusprechen. Allerdings sind wohl eine ganze Reihe Leute nur noch außerhalb des DGB ansprechbar.

Für uns dagegen bedeutet Einheitsgewerkschaft immer die Einheit aller abhängig Beschäftigten im Kampf gegen die Herrschaft von Kapital und Staat.

Die Konsequenz aus unserer Kritik an den DGB-Gewerkschaften kann nicht zur irgendetwas diffusem Neuen, zu einem linken Einheitsbrei führen, da eine Einigung zwischen den verschiedenen linken Strömungen ohnehin nicht möglich ist und es in einer derartig verworrenen Organisation zu so vielen Grabenkämpfen käme, daß sie weder arbeitsfähig wäre noch unorganisierte Kolleg(inn)en ansprechen könnte.

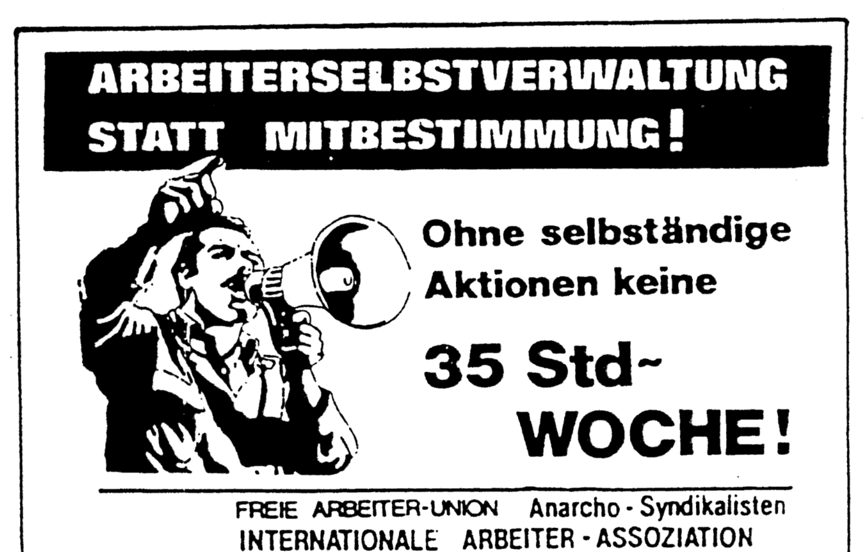
Unser Ansatz besteht vielmehr darin, eine Gewerkschaft aufzubauen, die die aktuellen Tageskämpfe verbindet mit einem revolutionären Ziel: Der herrschaftslosen und ausbeutungsfreien Gesellschaft; eine Gewerkschaft, die auf Grundlage der Selbstverwaltung und der Direkten Aktion arbeitet und die nicht bloßes Anhängsel irgendeiner Partei ist. Diese Inhalte finden sich allein im Anarcho-Syndikalismus wieder und tragen der alten Erkenntnis Rechnung, daß die Befreiung der Arbeiter das Werk der Arbeiter selbst sein wird.

Solange es keine große gewerkschaftliche Bewegung gibt, die diese Erkenntnisse berücksichtigt und sich entsprechend organisiert und in der ggf. unsere FAU aufgehen könnte, so lange bedeutet für uns Anarcho-Syndikalismus, an unserem Organisationsansatz festzuhalten und die FAU weiterzuentwickeln.

Wir appellieren daher an alle radikalen Arbeiter und an alle Anarchisten, die die Notwendigkeit einer klassenkämpferischen Gewerkschaft einsehen, sich an der Propagierung und am praktischen Aufbau einer Freien Arbeiter Union zu beteiligen. Wir glauben, daß die gegenwärtige Situation für diese Bestrebungen günstig ist.

Andererseits müssen wir uns darüber im klaren sein, daß sich verpaßte Gelegenheiten nicht wiederholen lassen.

angenommen auf dem Pfingskongreß
in Köln, 1982



Prinzipienerklärung

Die heutige Gesellschaftsordnung, die auch die ka-
pitalistische genannt wird, gründet sich auf die
wirtschaftliche, politische und soziale Unter-
drückung des werktätigen Volkes. Die Mehrheit
des Volkes wird der Verfügungsgewalt über alle
gesellschaftlichen Reichtümer und über das gesamte
soziale Leben durch eine kleine Minderheit beraubt.

Aufgrund dessen ist die produzierende Klasse, um
ihr Leben fristen zu können, gezwungen, ihre gei-
stigen und körperlichen Fähigkeit an die zu ver-
kaufen, die über die Produktionsmittel verfügen
und müssen infolgedessen einen erheblichen Teil
ihres Arbeitsertrages an diese abtreten. Auf diese
Weise in die Stellung rechtloser Lohnsklaven ge-
drängt, haben sie keinerlei Einfluß auf den Gang
und die Gestaltung der Produktion, die ganz und
gar der Entscheidung der Kapitalisten überlassen
ist. Es ist daher ganz natürlich, daß bei einem
solchen Zustand der Dinge die Grundlage der heu-
tigen Gütererzeugung nicht durch die Bedürfnisse
der Menschen, sondern in erster Linie durch die
Voraussetzung des Gewinns bestimmt wird. Dasselbe
System liegt aber auch dem Austausch und der
Verteilung der Produkte zugrunde. Deshalb sind
die Folgen auf auf diesem Gebiete dieselben und
finden in der rücksichtslosen Beraubung der brei-
ten Massen zugunsten einer kleinen Minderheit ih-
ren Ausdruck.

Unter dem System des Kapitalismus werden alle Er-
rungenschaften der Wissenschaft und des geistigen
Fortschritts, die den Bedürfnissen der Menschen
entsprechen, in ihrer Entwicklung behindert.
Stattdessen wird jede Entwicklung auf dem Gebiet
der Technik, der Energiegewinnung etc. den Inte-
ressen der herrschenden Klasse untertan gemacht
und dazu benutzt, deren Reichtümer ins Ungemessene

zu steigern. Im Gegensatz dazu steht das soziale Elend breiter Gesellschaftsschichten und die andauernde wirtschaftliche Unsicherheit der produzierenden Klasse.

Durch den ununterbrochenen Kampf der verschiedenen kapitalistischen Gruppen um die Beherrschung der Märkte wird eine ständige Ursache innerer und äußerer Krisen geschaffen, die auf ihrem Höhepunkt in verheerenden Kriegen zur Entladung kommen, die gleichzeitig zur Ankurbelung der Produktion und weiteren Steigerung der Gewinne durch die Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums in großem Umfang dienen. Unter den schrecklichen Folgen dieser Kriege hat wiederum die unterdrückte Klasse der Gesellschaft fast ausschließlich zu leiden. Die gesellschaftliche Klassenteilung und der brutale Kampf "aller gegen alle", diese charakteristischen Merkmale der kapitalistischen Ordnung, wirken in derselben Zeit auch degenerierend und verhängnisvoll auf den Charakter und das Moralempfinden des Menschen, indem sie die unschätzbaren Eigenschaften der gegenseitigen Hilfe und des solidarischen Zusammengehörigkeitsgefühls, welches die Menschheit herausgebildet hat, in den Hintergrund drängen und durch antisoziale Züge und Gewohnheiten ersetzten und damit letztlich zur Zerstörung der Persönlichkeit führen.

Mit der Entwicklung der Klassengegensätze entstand für die herrschenden Klassen die Notwendigkeit einer mit allen technischen Gewaltmitteln ausgerüsteten politischen Organisation zum Schutze ihrer Privilegien und zur Niederhaltung der breiten Massen - der Staat. Einmal geschaffen, wirkt der Staat mit allen Mitteln der Gewalt und der Täuschung für die Aufrechterhaltung der Klassenunterschiede, folglich für die Verewigung der wirtschaftlichen und sozialen Versklavung der breiten Massen des Volkes und hat sich im Laufe seiner Entwicklung zur gewaltigsten Unterdrückungsinstitution der Menschheit emporgeschwungen.

Die äußerliche Form des Staates ändert an dieser geschichtlichen Tatsache nichts. Monarchie oder Republik, Diktatur, Demokratie oder Staatssozialismus - sie alle stellen nur verschiedene politische Ausdrucksformen des jeweils wirtschaftlichen Ausbautungssystems dar, die sich zwar in ihrer äußerlichen Gestalt, nie aber in ihrem inneren Wesen voneinander unterscheiden und in allen ihren Formen nur eine Verkörperung der organisierten Gewalt der herrschenden Klassen sind.

Mit dem Bestehen des Staates ist die Zentralisation des gesellschaftlichen Lebens, die künstliche Organisation von oben nach unten verbunden. Kirche und Staat waren die ersten Vertreter dieses Systems und sind bis heute ihre wesentlichsten Träger geblieben. Und da es im Wesen des Staates liegt, alle Zweige des menschlichen Lebens sich unterzuordnen, sc mußte die Methode der Zentralisation umso verhängnisvollere Auswirkungen haben, je mehr der Staat den Kreis seiner Funktionen erweitern und ausbauen konnte. Ist doch der Zentralismus die exstremste Verkörperung jenes Systems, das die Regelung der Angelegenheiten der Allgemeinheit einzelnen Personen überläßt.

Dadurch wird der einzelne zur Marionette, die von oben her gelenkt und geleitet wird, ein totes Rad in einem ungeheuren Mechanismus. Die Interessen der Allgemeinheit müssen den Privilegien einer Minderheit das Feld räumen, die persönliche Initiative dem Befehl von oben, die Verschiedenartigkeit der Uniformität, die innere Verantwortlichkeit einer toten Disziplin, die Erziehung der Persönlichkeit einer geistlosen Dressur - und das alles zu dem Zwecke, loyale Untertanen heranzubilden, die an dem Fundament des Bestehenden nicht zu rütteln wagen, als willige Ausbeutungsobjekte. So wird der Staat zum mächtigsten Hemmnis jedes Fortschritts und jeder kulturellen Entwicklung, zum festesten Bollwerk der herrschenden Klasse gegen die Befreiungsbestrebungen der unterdrückten

Die Anarcho-Syndikalisten, in klarer Erkenntnis der oben festgestellten Tatsachen, sind prinzipielle Gegener aller wirtschaftlichen und sozialen Monopole. Sie erstreben die Vergesellschaftung des Bodens, der Arbeitsinstrumente, der Rohstoffe und aller sozialen Reichtümer; den Aufbau des gesamten Wirtschaftslebens auf des Basis des freiheitlichen Kommunismus, der die Zerschlagung des Staates voraussetzt und in der Devise: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" seinen Ausdruck findet.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Sozialismus letzten Endes eine Kulturfrage ist und als solche nur von unten nach oben durch die schöpferische Tätigkeit des Volkes gelöst werden kann, verwerfen die Anarcho-Syndikalisten jedes Mittel einer sogenannten Verstaatlichung, das nur zur schlimmsten Ausbeutung, zum Staatskapitalismus, d.h. der Zusammenlegung der Verfügungsgewalt über die politische und wirtschaftliche Macht in wenigen Händen, nie aber zum Sozialismus führen kann.

Die Anarcho-Syndikalisten sind der Überzeugung, daß die Organisation einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nicht durch Regierungsbeschlüsse und Gesetze geregelt werden kann, sondern nur durch die Übernahme der Verwaltung jedes einzelnen Betriebes durch die Produzenten selbst, und zwar in der Form, daß die einzelnen Gruppen, Betriebe und Produktionszweige selbständige Glieder des allgemeinen Wirtschaftsorganisimus sind, die aufgrund gegenseitiger und freier Vereinbarungen die Gesamtproduktion und die allgemeine Verteilung planmässig gestalten im Sinne der Allgemeinheit.

Die Anarcho-Syndikalisten sind der Meinung, daß politische Parteien, welchem Ideenkreis sie auch angehören, niemals imstande sind, den sozialistischen Aufbau durchzuführen, denn im Wesen jeder Partei liegt es, die Eroberung der politischen

Macht anzustreben. Die Anarcho-Syndikalisten dagegen erstreben die Selbstorganisation der Menschen auf freier und solidarischer Grundlage. Deswegen sehen die Anarcho-Syndikalisten in gewerkschaftlichen Organisationen keineswegs vorübergehende Produkte der kapitalistischen Gesellschaft, sondern die Keimzelle einer sozialistischen Organisation der Arbeit auf dem Boden eines freien Rätesystems, in dem die Menschen die Gesamtheit ihrer sozialen Beziehungen regeln. Deshalb erstreben die Anarcho-Syndikalisten schon heute eine Form der Organisation, die sie befähigen soll, diesem Ziel und gleichzeitig dem Kampf für die täglichen Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse und Lebensbedingungen gerecht zu werden.
Als Gegener jeder staatlichen Organisation verwerfen die Anarcho-Syndikalisten die sogenannte Eroberung der politischen Macht und sehen vielmehr in der radikalen Beseitigung jeder politischen Macht die erste Vorbedingung zu einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist aufs engste verknüpft mit der Beherrschung des Menschen durch den Menschen, so daß das Verschwinden der einen notwendigerweise zum Verschwinden der anderen führen muß.

Die Anarcho-Syndikalisten verwerfen prinzipiell jede Form der parlamentarischen Betätigung, jede Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften, ausgehend von der Erkenntnis, daß auch das freieste Wahlrecht die klaffenden Gegensätze innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht mildern kann und jedes System, das darauf beruht, die Interessen der Menschen von einer Minderheit vertreten zu lassen, zur Folge hat, dem System der Lüge und der sozialen Ungerechtigkeit den Schein des legalen Rechts zu verleihen - den Sklaven zu veranlassen, seiner eigenen Sklaverei den Stempel des Gesetzes aufzudrücken.

Die Anarcho-Syndikalisten verwerfen alle willkürlich gezogenen politischen und nationalen Grenzen; sie erblicken im Nationalismus lediglich eine Ideologie des modernen Staates und verwerfen prinzipiell alle Bestrebungen zur Erzielung einer sogenannten nationalen Einheit, hinter der sich doch nur die Absicht der herrschenden Klassen verbirgt, ihre Interessen nach innen und außen durchzusetzen. Sie anerkennen nur Unterschiede regionaler Natur und fordern für jede Volksgruppe das Recht, ihre Angelegenheitn regeln und ihre besonderen Kulturbedürfnisse gemäß ihrer eigenen Art und Veranlagung befriedigen zu können im solidarischen Einverständnis mit allen anderen Gruppen und Volksverbänden.

Die Anarcho-Syndikalisten stehen auf dem Boden der direkten Aktion, d.h. daß die Betroffenen selbst ihre Probleme unmittelbar ohne Einschaltung von Vermittlern lösen. Sie untersützen alle Bestrebungen und Kämpfe des Volkes, die mit ihren Zielen - der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Gewaltherrschaft des Staates - nicht im Widerspruch stehen. Ihre Aufgabe ist es, zur Selbsterziehung der Unterdrückten beizutragen. Die Anarcho-Syndikalisten schaffen wirtschaftliche Kampforganisationen mit gesamtgesellschaftlicher Zielsetzung, die dazu in der Lage sind, mit den Mitteln der direkten Aktion die Befreiung von der Lohnsklaverei und den Aufbau des freiheitlichen Kommunismus zu erreichen.

Angenommen per Referendum nach dem 3. Nationalen Plenum der Initiative F.A.U. am 13. - 15. Mai 1978.

Statuten

Der Name der Organisation ist
FREIE ARBEITER UNION (FAU)

angenommen auf dem Pfingstkongreß 1983 in Köln

- zur Form der Organisation:

"In den einzelnen Industriezweigen bilden sich Industriegewerkschaften. Diese schließen sich auf örtlicher Ebene zur Ortsförderationen zusammen. Der Zusammenschluß der Ortsförderationen bildet die Regionalförderation. Diese vereinigen sich auf nationaler Ebene zur nationalen Organisation, welche eine Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation bildet.
Gleichzeitig schließen sich die Gewerkschafter der gleichen Industriezweige regional und national zu Industrieverbänden zusammen. Der Aufbau erfolgt zur Zeit über Ortsgruppen und Koordinierung auf Bezirks- und nationaler Ebene."

- zu Ortsgruppen:

"Jede Ortsgruppe kann im Rahmen der Prinzipien selbständig arbeiten. Erfahrungen sollen ausgetauscht werden, um eine verbindliche Stellung zu bestimmten Punkten zu erreichen."
"Eine Ortsgruppe besteht aus mindestens zwei Mitgliedern. Einzelne sind Kontaktadresse und wenden sich an die nächste Ortsgruppe."

- zu nationalen Kongressen/Delegiertentreffen:

"Nationalkongresse sollen einmal jährlich stattfinden und zwar so lange wie möglich als Vollversammlungen, an denen jedes Mitglied teilnehmen kann. Delegiertentreffen sollen einmal jährlich stattfinden."

- zu Abstimmungsverfahren:

"Bei Fragen, die die Prinzipien unserer Organisation betreffen, wird nach Mitgliedern abgestimmt. Bei sonstigen Entscheidungen hat jede Ortsgruppe eine Stimme."

- zum Nationalkomitee:

"Dieses soll bestehen aus Sekretären für Koordination, Bildungsarbeit und ausländische Arbeiter sowie einem Kassierer. Dabei sind folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Koordinationssekretär: Vorbereitung nationaler Treffen; Initiierung von Industriekonferenzen; Erstellung von zweimonatlichen Rundbriefen; Beziehungen zu ausländischen Schwesterorganisationen und zur Internationalen Arbeiter-Assoziation; insgesamt Förderung des Informationsflusses zwischen den Bezirken.

- Bildungssekretär: Durchführung von Schulungen auf nationaler Ebene; Sammlung der Schulungsprogramme, die allen angeschlossenen Gruppen zur Verfügung gestellt werden sollen.

- Ausländersekretär: Koordination der Ausländerarbeit; Unterstützung von ausländischen Gruppen/gemeint sind Gruppen ausländischer Arbeitsemigranten/bei Wochenendseminaren; möglicherweise Sprachkurse (in Zusammenarbeit mit dem Bildungssekretär).

- Kassierer: ist dafür zuständig, daß die nationalen Beiträge von den Ortsgruppen regelmäßig eingehen; führt den nationalen Beitrag an die I.A.A. ab."

"Wenn möglich, soll für jeden Sekretär ein Stellvertreter gewählt werden. Ämterhäufung innerhalb der Organisation ist unzulässig."
"Die Komitees sind ausschließlich ausführende Organe; sie sind nicht berechtigt, Stellungnahmen für die Organisation zu Fragen abzugeben, zu denen noch keine Beschlüsse der entsprechenden Bezirks- bzw. Nationalversammlungen vorliegen."

- zu den Beiträgen:

"Der monatliche Beitrag beträgt 6 DM pro Mitglied, davon entfallen auf:

Organisation (z.B. Rundbrief)	2 DM
Solidaritätsfonds (über den das NK kurzfristig bis zu 3o% verfügen kann)	1 DM
Ausgleichsfonds (für finanzschwache Ortsgruppen)	2 DM
Internationale Arbeiter-Assoziation	1 DM"

"Bei finanzschwachen Mitgliedern kann der Beitrag auf mindestens 2DM pro Monat gesenkt werden."
"Zahlt eine Ortsgruppe sechs Monate oder länger keinen Beitrag, erfolgt nach einmaliger Aufforderung die Streichung aus dem Verteiler."

- zur Mitgliedschaft:

"Die Mitgliedschaft steht jedem offen, der dort, wo es zur Zeit möglich ist, an der Verwirklichung des gesamtgesellschaftlichen Konzepts des Anarcho-Syndikalismus arbeitet (auch wenn er nicht im Produktionsprozeß steht). Klar ist dabei, daß der Ausbau der industriellen Strukturen entscheidend ist." Wir überlassen es "den Erfahrungen der einzelnen Gruppen, Parteimitglieder, die unsere Prinzipien anerkennen, als Mitglieder zuzulassen. Eine endgültige Regelung dieser Frage bleibt einem künftigen Nationalkongreß vorbehalten."

- zu Aufnahme/Ausschluß von Einzelpersonen/Gruppen:

"Die Aufnahme von Personen in Orten, wo eine Ortsgrupp besteht, liegt im Ermessen der Gruppe."
"Die Aufnahme von Personen/Gruppen an Orten erfolgt durch das zuständige Bezirksplenum. Es werden zunächst Vorgespräche zur Kontaktaufnahme mit der interessierten oder zu interessierenden Gruppen geführt. Fallen diese positiv aus, so wird die Gruppe zum Bezirksplenum eingeladen, das die endgültige Entscheidung über die Zulassung trifft. Mitglieder, die allein am Ort sind, sollten möglichst mit der nächsten Ortsgruppe zusammenarbeiten."
"Der Ausschluß von einzelnen Mitgliedern aus Ortsgruppen ist nur in Übereinstimmung mit dem zuständigen Bezirksplenum möglich. Dabei sollte jeder Seite Raum zur Darstellung ihrer Positionen gegeben werden."

"Ausschlüsse von Ortsgruppen erfolgen durch das jeweilige Bezirksplenum, müssen aber vom Nationalplenum bestätigt werden."
"Ausschlüsse und Aufnahmen von Gruppen werden im Rundbrief mit Begründung veröffentlicht."

- zur Kultur- und Bildungsarbeit:

"Der Schwerpunkt der Bildungsarbeit liegt zur Zeit auf regionalen Schulungen. Von Zeit zu Zeit sollen Schulungen auf nationaler Ebene stattfinden, an denen sich alle angeschlossenen Städte beteiligen sollen. Konkrete Vorstellungen sind durch die Bildungssekretäre zu erarbeiten. Die Teilnehmerzahl bei den Schulungen sollte begrenzt sein. Schulungsprogramm, Referate, mögliche Ergebnisse der Schulungen und organisatorische Erfahrungen sollen, soweit sinnvoll, allen angeschlossenen Gruppen zur Verfügung gestellt werden. Eine Literaturliste mit kurzen Inhaltsangaben soll erarbeitet werden und allen Gruppen zugesandt werden. Der Aufbau lokaler Bibliotheken wird befürwortet und ggf. von der Organisation unterstützt."



Grundsätzliche Beschlüsse der F.A.U.

- zur Betriebsarbeit:

"Schwerpunkt: Betriebsarbeit!
Organisationsform: anarcho-syndikalistische Kampforganisation. Unsere momentanen Möglichkeiten der Arbeit: Aufbau dieser Organisation und ihre Propagierung.

Ausgehend von den derzeitigen ökonomischen Verhältnissen ist das Ziel der Organisation das Überwinden des jetzigen Zustandes hin zu einer freiheitlich organisierten Gesellschaft.
In der gegenwärtigen Situation ist nur die individuelle Arbeit der einzelnen Genoss(inn)en am jeweiligen Arbeitsplatz möglich. Die Erfahrungen der einzelnen müssen innerhalb der Organisation ausgetauscht werden, um Rückhalt zu geben und mehr positive Möglichkeiten herauszuarbeiten.
Die Vereinzelung ist schon da aufgehoben, wo sich zwei Genoss(inn)nen zusammensetzen, um sich zu unterstützen.
Die jetzige geringe Anzahl der vereinzelt arbeitenden Genoss(inn)en kann für uns aber kein Grund sein, die anarcho-syndikalistischen Prinzipien und die Organisationsidee als F.A.U. aufzugeben."

- zum Verhältnis zum DGB:

"Die Mitarbeit im DGB unterliegt der Entscheidung der einzelnen Gruppen bzw. Individuen."
"Wo die Möglichkeit besteht, in DGB-Gruppen an der Basis zu arbeiten, soll dort mitgearbeitet werden, mit dem Bewußtsein, daß der DGB nicht umzufunktionieren ist in eine revolutionäre Gewerkschaft. Unsere Aufgabe besteht darin, die Struktur des DGB aufzuzeigen - unsere Kräfte aber im wesentlichen auf den Aufbau der F.A.U. zu konzentrieren, gleichzeitig dadurch den DGB zu schwächen."
"Unser Ziel ist eine eigene Organisation; der DGB

"Was für uns von großer Bedeutung ist, selbst wenn wir eine kleine Organisation darstellen, kontinuierlich zu arbeiten, als Organisation bestehen, um im Falle des Entstehens einer revolutionärer Arbeiterbewegung auch eine Alternative darstellen zu können. Unsere Stärke ist nicht unbedingt die Quantität, sondern die Qualität."

"DGB-Mitglieder, die/innerhalb des DGB/ eine Funktion oberhalb der der Vertrauensperson innehaben , können innerhalb unserer Organisation keine Vertrauensfunktionen bekleiden."

- zur Gewerkschaftsarbeit:

Unsere gewerkschaftliche Arbeit vollzieht sich auf 2 Ebenen:

a) innerhalb des DGB
   Grundlage unserer Tätigkeit ist die Schaffung größtmöglicher Öffentlichkeit, das heißt: Vertrauensleute sollen dafür sorgen, daß Sitzungen des Vertrauensleutekörpers öffentlich sind und selber so viele Kollegen wie möglich zu den Sitzungen mitnehmen.
   Protokolle sollen - da dies keine Selbstverständlichkeit ist - allen Vertrauensleuten und Interessierten ausgehändigt werden.
   Freigestellte Betriebsräte und möglichst Betriebsräte überhaupt sollten aus der Vertrauenskörperleitung rausgelassen werden. Unter den obengenannten Gesichtspunkten soll der Vertrauenskörper als Gegengewicht zur Institution Betriebsrat ausgebaut werden, mit dem Ziel, den Betriebsrat langfristig kalt zu stellen. Endgültiges Ziel muß sein, Gewerkschafts- bzw. Arbeiterversammlungen zum obersten Organ betrieblicher Aktion und Entscheidung zu machen. an deren Weisungen ihre Organe gebunden sind.

Unsere Vorschläge sollten für jeden einleuchtend sein, auch wenn es im DGB als "nicht machbar" betrachtet wird. Wir sollten uns vor Selbstzensur in Acht nehmen, auch wenn von vorneherein mit Ablehnung zu rechnen ist.

b) außerhalb des DGB

1. Aufbau und Stärkung von Betriebsgruppen

Diese Betriebsgruppen sollen der Schwerpunkt der Arbeit im Betrieb sein und nicht aus taktischen Gründen hinter der Vertrauensleutearbeit zurückstehen.

2. Schaffung von überbetrieblichen Kollegenkreisen in Zusammenhang mit der FAU
3. Initiierung von selbständigem Handeln auf Abteilungsebene und wenn möglich darüber hinaus
4. Der Informationsfluß auf den Ebenen Vertrauensleutekörper, Betriebsgruppe und ie Kontrolle der ARbeit unserer Mitglieder muß gewährleistet sein.

Ziel aller dieser Aktivitäten ist es, ein radikales gewerkschaftliches Bewußtsein zu schaffen, dessen organisatorische Konsequenz für uns nur die FAU ist.



angenommen auf dem Kongreß Pfingsten 1982 in Köln

Rationalisierung

"Technologie, Rationalisierung
und Gewerkschaften"

Aufgabe des Unternehmers ist es nicht, Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Alleiniger Zweck des kapitalistischen Produktionsprozesses ist es, Gewinne zu erzielen; daß dazu u.a. auch Arbeiter und Angestellte gebraucht werden, ist lediglich eine Begleiterscheinung. Liebend gerne wurde ein Unternehmen nämlich ohne Beschäftigte produzieren. Die technische Entwicklung macht diesen Traum zumindest in einigen Bereichen schon ansatzweise möglich: Roboter statt Automobilarbeiter, Textautomat statt Sachbearbeiter.

Der Einsatz neuer Technologien erfolgt unter folgendem Unternehmerkalkül:
Wie können die Stückkosten möglichst stark reduziert werden? Das ist durch verschiedene Umstrukturierungen, d.h. Senkung verschiedener Kostenfaktoren möglich. Eine Möglichkeit ist die Senkung der Lohn- und Gehaltskosten durch den Einsatz von technischen Anlagen, deren Anschaffung, Wartung und Betrieb umgelegt auf das einzelne Produkt billiger ist als menschliche Arbeitskraft. Technik ist also nichts "jenseits von gut und böse," sondern wird als ein Mittel derer eingesezt, die die Vefügungsgewalt über Maschinen, Grund und Boden und Kapital haben. Der Einsatz neuer Technologien (ja bereits deren Erforschung und Entwicklung) basiert auf der Grundlage von Gewinnerhaltung/Leistungsdruck/Konkurrenzdruck/Hierarchie; und dies gilt für alle Wirtschaftssysteme, in denen den Produzenten und KOnsumenten die Verfügungs- und Entscheidungsgewalt darüber entzogen ist, was produziert, wie produziert und wie verteilt wird.

Gewerkschaftlicher Kampf gegen Rationalisierung und ihre Folgen muß sich daher gegen die kapitalistische Logik und damit gegen den Kapitalismus selbst und auf eine selbstverwaltete Gesellschaft richten.

Die DGB-Gewerkschaften verkörpern in ihrer Haltung zur Rationalisierung ein auf den ersten Blick seltsames Gemisch von marxistischer Tradition und Anwalt der Unternehmerinteressen:
Vom Marxismus haben sie dessen naiven Glauben an die ständige Weiterentwicklung und "Entfaltung der Produktionskräfte" zum Nutzen des Proletariats. Daher die ständigen Bekenntnisse der Gewerkschaftsführer, daß man sich dem Fortschritt nicht in den Weg stelle und daß man kein Maschinenstürmer sei! Die Frage: Fortschritt und Nutzen für wen? wird nicht gestellt.

Als Anwalt der deutschen Unternehmerinteressen fühlen sie sich dem "Gemeinwohl" verpflichtet, dessen Maxime lautet: Geht es den Unternehmern gut, dann geht es auch allen anderen gut. Oder um mit Helmut Schmidts unsterblichen Worten zu sprechen: Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.

Fortschrittsgläubigkeit und Säule im Modell Deutschland ergänzen sich dann durchaus sinnvoll zur bekannten Politik der Gewerkschaften gegenüber Rationalisierung:

Technik soll "sozial beherrschbar" gemacht werden; dies würde - wäre es konsequent gemeint - die Herrschaft des Kapitals über Einsatz und Verwendung der Technik beschränken, müßte sich also zumindest tendenziell der kapitalistischen Logik widersetzen.

Gerade darum geht es den Gewerkschaften jedoch nicht; angestrebt wird lediglich - im Sinne des Interessenausgleichs zwischen Kapital und Arbeit - etwas mehr Mitbestimmung.

Daraus ergeben sich eine Reihe schwerwiegender Konsequenzen:

Auf der Basis kapitalistischer Eigentumsverhältnisse "verlangen" die Gewerkschaften innerhalb eines gesetzlich vorgegebenen Rahmens "mehr Gehör" und "mehr Informationen".

Rationalisierung als Diskussionsgegenstand auf höchster Verhandlungsebene.

Dies wird besonders deutlich an der gewerkschaftlichen Parole: "Unterrichtung - Diskussion - Betriebsvereinbarung"; da aber die Unterrichtung oft nur verspätet, unvollständig oder erst zusammen mit den bereits geschaffenen Tatsachen erfolgt, ist das Vertrauen auf mehr Information durch die Unternehmensleitung mehr als naiv. Was die Diskussion angeht, so müßte diese, wenn sie einen Sinn haben sollte, an der Gewerkschaftsbasis geführt werden, was aber ebenso im Widerspruch zur Gewerkschaftshierarchie wie zur Sozialpartnerschaft steht. Schließlich die Betriebsvereinbarung: Am Ende aller gewerkschaftlichen "Aktivitäten" steht wie immer der Sozialplan, der mal recht mal schlecht abfedern soll.

Und da Betriebsverfassungsgesetz wie auch Mitbestimmungsgesetz einige Lücken haben, lautet die gewerkschaftliche Forderung: Volle Parität, volle Mitbestimmung beim Einsatz neuer Technologien. Aber das Montan-Mitbestimmungsgesetz, das in diesem Zusammenhang als Vorbild genannt wird, hat weder das Zechensterben noch die Massenentlassungen in der Stahlindustrie verhindert.

Einer wirksamen Politik gegenüber Rationalisierung stehen über das bisher Gesagte hinaus insbesondere im Wege (geographisch von oben nach unten):

Die bedenkenlose Übernahme des Arguments von der Wettbewerbsfähigkeit: Die deutsche Wirtschaft (wer ist das eigentlich?) darf gegenüber Amerikanern, Japanern etc. nicht zurückbleiben.

Die enge Anbindung der jeweiligen Industriegewerkschaft an die Interessen ihrer (s.o.) Branche.

Die Sorge der Betriebsräte um das wirtschaftliche Wohlergehen ihres (?s.o.) Unternehmens. (Diese Kette ließe sich in vielen Fällen noch bis zur Abteilungsebene fortsetzen).

Die gewerkschaftliche Bildungspolitik: Sie ist, wenn man die Unwissenheit, Oberflächlichkeit und Naivität vieler Betriebsräte und Kolleg(inn)en sieht, ein Armutszeugnis und ist Ausdruck eines einfach nicht vorhandenen aktiven Gewerkschaftslebens - nämlich verstanden als Diskussionsprozesse, Schulungen etc. zu so eminent wichtigen Themen wie Technik und Herrschaft, Fortschritt usw.

Unsere Aktivitäten müßten daher insbesondere am letzten Punkt ansetzen, d.h. daß man versuchen muß, über Betriebsgruppen/Vertrauensleutearbeit/aussergewerkschaftliche Arbeitskräfte und Projekte diese Diskussionen zu führen, vielfach wohl erst überhaupt mal wieder zu beginnen.

Praktischer Widerstand kann unter den gegenwärtigen Kräftverhältnissen wohl kaum mehr als bloßes Reagieren, d.h. Verweigern sein. Oberster Grundsatz gegenüber allen Gerüchten und Aküńdigungen von technischen

Veränderungen (und mögen sie vorderhand noch so harmlos erscheinen) muß Mißtrauen sein. Zu diskutieren wäre an dieser Stelle neben vielem anderen auch die Frage, welche Bedeutung die sogenannte Maschinenstürmerei (Direkte Aktion, Sabotage etc.) haben könnte.

angenommen auf dem Kongreß
Pfingsten 1982 in Köln

Fragen der Technologie:

Wir gehen davon aus daß:

1. der erste Schritt der Unternehmer - die langsame, probeweise Einführung der neuen Technologie, die uns daran gewöhnen sollte, wogegen kaum Widerstand geleistet wurde - bereits durchgeführt ist.

2. daß somit in den nächsten Jahren voll in die 2. Phase eingestiegen werden kann - die volle Durchautomatisierung der Betriebe

Wir gehen weiter davon aus, daß:

a) diese Entwicklung praktisch nicht mehr aufzuhalten ist aufgrund der bereits durchgeführten Schritte und der Teilnahmslosigkeit der Betroffenen.

b) deshalb letztlich alle Kämpfe gegen diese Entwicklung verloren werden - wenn die Betroffenen jetzt aufwachen und handeln, fehlt die notwendige Alternative.

Die einzige Möglichkeit für uns ist, die Entwicklung zu verlangsamen, indem wir versuchen, wenigstens Sand ins Getriebe dieses Prozesses zu streuen:

1. langsamer arbeiten, Sabotage (kollektiv natürlich), damit für einen Arbeitsvorgang mehr Leute benötigt werden.

II. Das hätte zur Folge, daß bei einer Arbeitszeitverkürzung (bei vollem Lohnausgleich) praktisch noch mehr Leute eingestellt werden müssen, wenn wirklich konsequent durchgehalten wird - so kann auch verhindert werden, daß bei Arbeitszeitverkürzung oder auch beim 8 Std.-Tag die Arbeit intensiviert wird.

III. Besonders wichtig ist ein totales Verweigern von Überstunden (es sieht im Moment wirklich so aus, daß in vielen Betrieben Kurzarbeit gemacht wird - auf der anderen Seite aber Überstunden)

IV. Ständiges Diskutieren dieser Probleme und Aufmerksammachen auf die Folgen:
Große Arbeitslosigkeit
Spaltung in Arbeitende und Arbeitslose

Dabei muß unter allen Umständen verhindert werden, daß wir und unsere Kollegen uns die Köpfe der Unternehmer zerbrechen.
(Wenn beispielsweise ein Unternehmer vor dem wirtschaftlichen Ruin steht, so ist dieser durch Überstunden oder dadurch, daß man keine Forderungen stellt, auch nicht mehr aufzuhalten).

V. Diese Krise, die ein deutliches Zeichen dafür ist, daß für die Kapitalisten der Wirtschaftsmarkt nicht mehr wesentlich auszudehnen ist, ist letztendlich nur durch eine Gesellschaftsveränderung lösbar.

angenommen auf dem Kongreß
Pfingsten 1982 in Köln

Basisgruppen

- zum Verhältnis zu Basisgruppen

"Basisgruppen sind eine Form der Einheit aufgrund einer gemeinsamen Gegnerschaft gegen etwas meist unmittelbares, z.B. Betriebsleitung, Stadtsanierung usw.
Dies bedeutet aber noch keine Einheit in Bezug auf ein positives gesamtgesellschaftliches Handlungsprogramm, wie es der Anarcho-Syndikalismus darstellt.
Deshalb kann eine Basisgruppe eine anarcho-syndikalistische Organisierung weder ersetzen noch deren Grundlage bilde, wenn man nicht entweder auf kollektives gesamtgesellschaftliches Handeln verzichten will, das den Aktionsradius von Individuen oder verhältnismäßig kleinen Freundschaftsgruppen überschreitet, oder anderen Tendenzen aus der Basisgruppe auszuschalten, was den Sinn derselben zerstören würde.

Wir sehen daher die Mitarbeit in Basisgruppen nicht als Widerspruch zu unserer selbständigen Organisation, sondern empfehlen die Mitarbeit darin. Vielmehr soll unsere eigene Organisierung dazu beitragen, Diskussions- und Klärungsprozesse auch in Basisgruppen voranzutreiben. Außer der inhaltslichen Unterstützung des direkten Anliegens der jeweiligen Basisgruppe ist es unser Ziel, die Prinzipien der Autonomie, der Direkten Aktion und der direkten Demokratie in die Basisgruppen hineinzutragen und dort umzusetzen. Außerdem streben wir einen föderalistischen Zusammenschluß von Basisgruppen, die am gleichen Problem arbeiten, an.

Eine revolutionäre Einheit kann nicht aus dem Weglassen aller widersprüchlichen Positionen entstehen, sondern nur durch deren Klärung. Andere Einheit ist ein Scheingebilde, das revolutionäres Handeln nicht entwickelt und fördert, sondern verhindert.
Das bedeutet nicht, daß man - wie die Parteien - seine Position ständig versucht allen aufzuschwätzen, aber daß man schon als Alternative vorhanden ist.
Nur eine Organisation, die auf einem gesamtgesellschaftlichen Konzept aufbaut, kann die nötige Stabilität entwickeln und die Voraussetzung bieten, vom bloßen Reagieren, d.h. vom Reformismus (auch wenn er sich noch so militant gibt) zu revolutionärem Handeln zu kommen."

Anarchistische Föderationen

- zum Verhältnis zu Anarchistischen Föderationen:
"Wir, die F.A.U., begrüßen generell jede Form libertärer Organisation, möchten darüber hinaus aber unser Selbstverständnis formulieren:
Der Ausgangspunkt der Entstehung der Initiative F.A.U. waren die individuellen Bedürfnisse der Genoss(inn)en, die im Anarcho-Syndikalismus ihre geistige Heimat sahen und versuchten, ihre Theorie praktisch umzusetzen.
Die unterschiedlichsten Bewegungen und Initiativen tauchten mehr oder minder kurzlebig auf - und verschwanden wieder. Aus dieser Erfahrung abgeleitet sahen und sehen wir in der anarcho-syndikalistischen Organisierung einen kontinuierlichen und konstruktiven Weg bis zur Emanzipation der Gesellschaft.
Eine Notwendigkeit der Organisierung sehen wir so in der Attraktivität einer festen Organisation gegenüber der rein theoretischen Propagierung des Anarcho-Syndikalismus.

Unserer Meinung nach wird von der F.A.U. erstmalig nach dem Kriege der Versuch einer organisierten libertären Betriebsarbeit angegangen. Doch sehen wir darüber hinausgehend auch die Notwendigkeit, eine organisatorische Perspektive für alle gesellschaftlichen Bereiche (Freizeit, Randgruppen, Stadtteil-Arbeit usw.) zu bieten.
In Anerkennung der Tatsache, daß Lokale und regionale Strukturunterschiede bestehen, sehen wir uns nicht in der Lage, (und möchten es auch nicht), eine formelhafte Vorgehensweise der Agitation und der Praxis zu empfehlen.
Wir anerkennen die Verzahnung und Überlappung des Produktions- und Kulturbereiches (Kultur verstanden als Form menschlichen Zusammenlebens) und müssen so Möglichkeiten gemeinschaftlicher Berührungspunkte finden. Einen Berührungspunkt der betriebslichen Arbeit und der restlichen gesellschaftlichen Bereiche sehen wir im Aufgaben-Rahmen libertärer Zentren, in denen sich beide Arbeitsansätze treffen und gegenseitig befruchten sollen.
Über diese unsere Vorstellungen hinaus fühlen wir uns unter der Voraussetzung einer eigenen autonomen Organisierung mit Versuchen anderer libertärer Strukturen brüderlich verbunden.
Daraus folgt für uns unsere Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit mit anderweitig organisierten Libertären in Bereichen gemeinschaftlicher Interessen."

Parteien

- zum Verhältnis zu politischen Parteien:
"Mitarbeit in Parteien wird von uns abgelehnt, da sie unseren Prinzipien widersprechen." (Zur Zulassung von Parteimitgliedern als Mitglieder unserer Organisation, siehe oben).

Terrorismus

- zum Terrorismus:

1. Die Existenz des Staates bedingt Unterdrückung und Bevormundung. Daraus resultiert staatlicher Terror, der das Angriffsziel unserer Aktivitäten sein muß.

2. Der Terror von rechts ist nur ein Ausfluß des staatlichen Terrors, der durch die repressiven Organe des Staates gedeckt wird.

3. Der bewaffnete Kampf von unten (Guerilla) ist nicht die Methode der Anarchosyndikalisten; das ist durch die Prinzipien der I.A.A. jedermann verständlich gemacht.
Wir sind solidarisch mit kämpfenden libertären Genossen, was nicht heißt, daß wir jede ihrer Aktionen rechtfertigen oder gutheißen. Der bewaffnete Kampf autorität-kommunistischer Gruppen, die als Endziel andere Vorstellungen haben als wir, findet unsere Solidarität da, wo die Repression gegen diese Gruppen bis hin zur physischen und psychischen Vernichtung geht.



Anhang

Die beiden folgenden Punkte lagen dem Pfingstkongreß 1982 nicht beschlußfähig vor und sollen hier im Anhang nur als allgemeine Orientierung über die Auffassungen in der Organisation beigefügt werden.

Orientierung zur Friedensbewegung

1. Was ist Frieden? Es muß immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, daß Frieden nicht nur die Abwesenheit von Krieg ist, sondern erst unter Bedingungen wirklich wird und gesichert ist, in denen die Voraussetzungen fehlen, daß Menschen sich bekriegen wollen oder müssen, entsprechend unserer Parole von der Friedensdemo in Bonn "Frieden schaffen heißt Ausbeutung und Herrschaft vernichten".

2. Militarismus. Militarismus heißt nicht nur stehende Heere, sondern auch Werkschutz usw. und liegt letztlich im Herrschaftsprinzip/Staatsprinzip begründet.

3. Antimilitarismus. Es reicht nicht, sich nur gegen Aufrüstung zu wehren, sondern man muß gegen jede Armee, gegen staatliche Grenzen, gegen die Existenz von Blöcken kämpfen. Kriegsdienstverweigerung ist ein Mittel des Widerstandes, aber auch Organisierung von Widerstand innerhalb des Militärs und der Rüstungsproduktion.

4. Internationalismus. Man muß sich vor nationalem bzw. europazentriertem Denken hüten, wie es ein Teil der "Linken" in der Friedensbewegung mit ihrer Weigerung demonstriert hat, sich mit Solidarność zu solidarisieren, um die "Einheit"

der BRD-Friedensbewegung zu bewahren. Oder wie es sich in Parolen einschleicht wie: "Keine Atomwaffen auf deutschem Boden", usw.

5. Friedensbewegung. Innerhalb der Friedensbewegung muß dafür gesorgt werden, daß der Einfluß der Kirchen und Parteien, der selbsternannten (oder von der Presse aufgeschwätzten) Führer zurückgedrängt wird, und eine Basisdemokratie entwickelt wird.

6. Klassenkampf. Der Tendenz, Frieden fange damit an, daß man Konflikte vermeidet, was letztlich nur zu ständiger Unterordnung führt, muß entgegengehalten werden, daß Klassenkampf und Revolution nichts mit Krieg zu tun hat und ein Mittel ist, die Voraussetzungen für einen wirklichen Frieden zu schaffen

7. Die Friedensbewegung wird soweit unterstützt, wie sie nicht Inhalte propagiert, die in direktem Widerspruch zu unseren Zielen stehen. Dabei müssen wir dafür sorgen, daß die Konsequenzen echter Friedenspolitik im oben skizzierten Sinne erkannt werden. Wir müssen auch wegkommen von den Forderungen an die Regierung und hin zu einer direkten Mobilisierung und Durchführung von Aktionen.

(aus dem Protokoll der Arbeitsgruppe Friedensbewegung des Pfingstkongresses 82 in Köln)

(aus dem Protokoll der Arbeitsgruppe Nationalismus des Pfingskongresses 1982 in Köln)

ORIENTIERUNG ZUM THEMA NATIONALISMUS

1. Ist der Nationalismus ein Instrument der Herrschenden oder ein Volksbedürfnis (s. Sport)?
2. Ist der Nationalismus als Mittel im antiimperialistischen Befreiungskampf unterstützenswert oder als Herrschaftsinstrument für ein neues Unterdrückungssystem fragwürdig?
3. Warum gibt es zur Zeit eine "Nationalismuswelle" (s. Liste für Ausländerstop)?

Zu 1. ist folgendes festgestellt worden:

Nationalbewußtsein war wichtig für die Staatsbildung, um die Notwendigkeit eines staatlichen Gewaltmonopols, z.B. zur Ausschaltung von Dorfgemeinschaften, zur rechtfertigen und wird von den Herrschenden als Nationalismus gepflegt zum Ausgleich für fehlende Selbstbestimmung und zur Ablenkung von materiellem Elend (Sport) sowie zur Spaltung der internationalen Arbeiterklasse. Große Teile des Volkes haben diesen Nationalismus als Nationalgefühl (Patriotismus?) angenommen und sind ansprechbar für nationalistische Propaganda (s. 3.).

Zu 2. ist folgendes festgestellt worden:

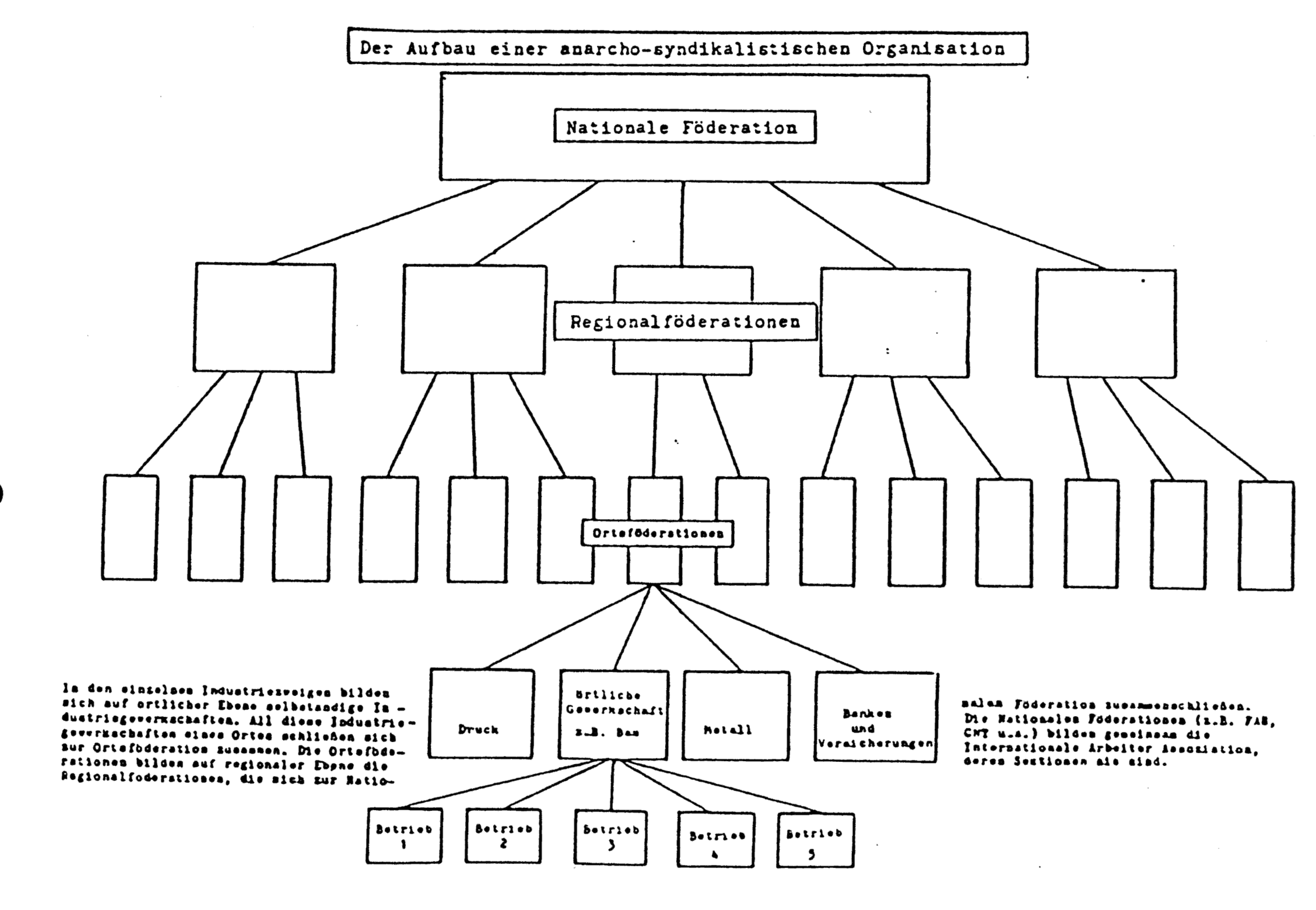
Für Anarchisten sollte bei der Unterstützung von Befreiungskämpfen in der 3. Welt die soziale Befreiunng und nicht der antiimperialistische oder nationale Kampf im Vordergrund stehen. Folglich müssen wir Forderungen wie "Erst die nationale Frage lösen und dann die Revolution" ablehnen. So sollte bei Befreiungskämpfen darauf geachtet werden, ob im Programm Selbstverwaltungsforderungen oder nur rein nationalistische Gedanken enthalten sind. Wichtig ist bei der Unterstützung antiimperialistischen Widerstands oder nationaler Befreiungskämpfe, auf die Praxis der jeweiligen Bewegung zu achten, ob sich z.B. ein neues Unterdrückungssystem unter der Appellierung an das Nationalgefühl etabliert oder ob sich das gesellschaftliche System hin zu mehr Freiheit, Selbstbestimmung und Arbeiterselbstverwaltung ent-

Arbeiterkämpfe im Ausland sind z.B. unterstützenswert, wenn sie die Selbstverwaltung zum Ziel haben und an die internationale Arbeiterklasse um Unterstützung appellieren. Als Beispiel wurde die "IWW" genannt, die sich schon in ihrem Namen gegen den Nationalismus aussprechen und zum Ziel die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse haben ("Internationale Arbeiter der Welt"). Vorgeschlagen wurde dazu, sich auf die internationalistische Tradition der Arbeiterbewegung zu besinnen und über die IAA Kämpfe im Ausland zu unterstützen, und zwar solange wie sich die Bewegung für die Freiheit der Arbeiter einsetzt.
Die inhaltliche Klärung der Unterstützung z.B. bei der Problematik des Nationalismus in Befreiungskämpfen und bei Fragen der Selbstverwaltung ist nicht akademisch sondern auch von Bedeutung für Klarheit in der Nationalismusdiskussion und Selbstverwaltungsdiskussion in der deutschen Arbeiterbewegung.

Zu 3. ist folgendes festgestellt worden:

Zur Zeit wird der Nationalismus von oben gefördert, um deutsche und ausländische Arbeiter angesichts steigender Arbeitslosigkeit im Zuge der Rationalisierung und steigender wirtschaftlicher Probleme zu spalten und die Löhne zu drücken. Allerdings ist es unserer Ansicht nach auch möglich, z.B. Lohnerhöhungen durch gemeinsame Aktionen von deutschen und ausländischen Kollegen zu erkämpfen, da es den Unternehmern eigentlich egal ist, wer den Profit erarbeitet. Jedoch schwimmen zur Zeit das Unternehmertum und die SPD auf der nationalen Welle, um die kapitalistische Macht in der BRD zu sichern gegen ausländische Konkurrenz im Zuge der Rationalisierung; die SPD als Sachwalter kapitalistischer Interessen will die Privilegien deutscher Arbeiter und damit das Gesellschaftssystem a la BRD sichern; Entlassungen sollen vornehmlich die ausländischen Arbeiter treffen.

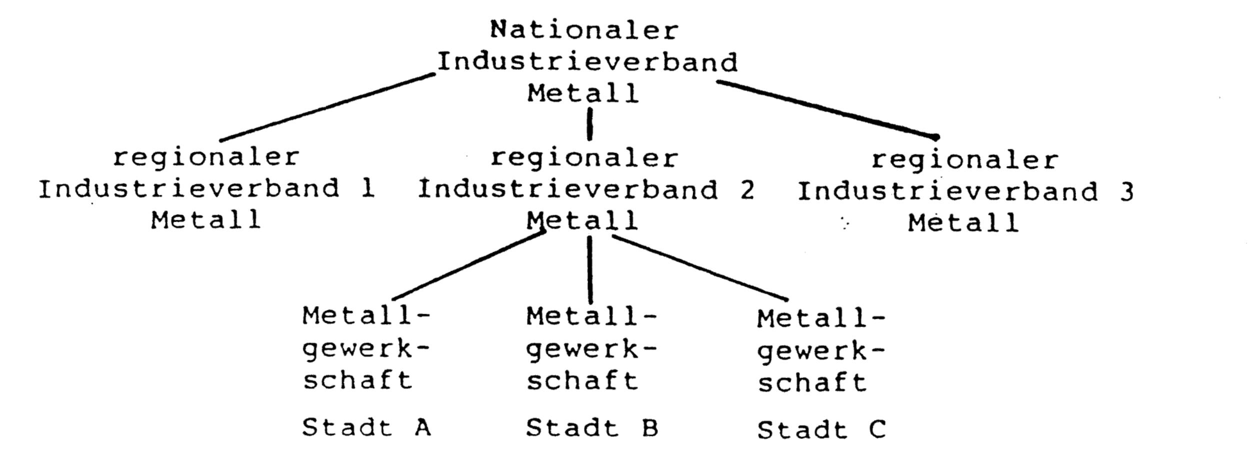
(aus dem Protokoll der Arbeitsgruppe 'Nationalismus' des Pfingstkongresses 1982 in Köln)



In den einzelnen Industriezweigen bilden sich auf örtlicher Ebene selbständige Industriegewerkschaften. All diese Industriegewerkschaften eines Ortes schließen sich zur Ortsföderation zusammen. Die Ortsföderationen bilden auf regionaler Ebene die Regionalföderationen, die sich zur Nationalen Föderation zusammenschließen. Die Nationalen Föderationen (z.B. FAU, CNT u.a.) bilden gemeinsam die Internationale Arbeiter Association, deren Sektionen sie sind.

Der Aufbau eines nationalen Industrieverbandes am Beispiel der Metallindustrie

Parallel zum Aufbau auf Orts-, regionaler und nationaler Ebene (siehe vorherige Seite) schließen sich die örtlichen Gewerkschaften gleicher Industriezweige zu regionalen und nationalen Industrieverbänden zusammen:



Statuten der I.A.A.



1. Einführung

Der Weltkampf zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern hat ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Das Kapital - allmächtig - erhebt von neuem sein ungeheuerliches Haupt. Trotz der inneren Kämpfe, die Weltbourgeoisie und Weltkapitalismus zerreißen, befinden diese sich schon in günstigen Bedingungen, die es ihnen erlauben sollen, mit mehr Einheit und Stärke gegen das Proletariat vorzugehen und es vor den Siegeswagen des Kapitals zu spannen.

Der Kapitalismus organisiert sich, und aus der defensiven Position, in der er sich befand, stürmt er vor zum Angriff an allen Fronten der Arbeiterklasse. Die tieferen Gründe dieses Angriffs sind sehr genau benennbar; die Verwirrung der Ideen und Grundsätze, die in den Reihen der Arbeiterklasse besteht, das Fehlen von Klarheit und Zusammenhang hinsichtlich der gegenwärtigen und zukünftigen Ziele der Arbeiterklasse und die Spaltung in zahllose Tendenzen; mit einem Wort: all das, was Schwäche und Zerfall der Arbeiterbewegung darstellt.

Gegen diesen geschlossenen internationalen Ansturm der Ausbeuter jeder Art läßt sich nur ein einziges Mittel einsetzen: die unverzügliche Organisierung der proletarischen Streitmacht in einem Kampforganismus, der in sich alle revolutionären Arbeiter aller Länder sammelt; mit ihnen stellt er einen Felsblock dar, an dem alle kapitalistischen Manöver scheitern werden, bis sie schließlich unter dem gewaltigen Druck seines Gewichts ein Ende finden werden.

Diese Emanzipationsbewegung kann nicht den Weg jener Richtungen der Arbeiterbewegung akzeptieren, die unter der Losung der Eintracht zwischen Kapital und Arbeit international Frieden mit dem Kapital schließen wollen und sich in den bürgerlichen Staat eingliedern. Sie kann auch nicht die Richtungen akzeptieren, die die Grundsätze der Diktatur des Proletariats verfechten; diese stehen im Gegensatz zu den Zielen der größtmöglichen Freiheit und des Wohlergehens aller bewußten Arbeiter.

Gegen die Offensive des Kapitals und gegen die Politiker aller Schattierungen müssen die revolutionären Arbeiter der ganzen Welt eine wirkliche Internatinale Arbeiter-Assoziation errichten; in ihr soll jedes Mitglied wissen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich sein wird, wenn die Arbeiter selbst - in ihrer Eigenschaft als Produzenten - dahinkommen, in ihren Wirtschaftsorganisationen sich vorzubereiten auf die Besitzergreifung der Ländereien und Fabriken und auch sich die Fähigkeit anzueignen, sie gemeinsam zu verwalten; sie sollen in der Lage sein, die Produktion fortzuführen und das gesamte gesellschaftliche Leben sicherstellen zu können.

Mit diesem Weg und diesem Ziel vor Augen haben die bewußten Arbeiter die Aufgabe, sich an jeder Aktion zu beteiligen, die auch die Ziele der sozialen Umwälzung verfolgt, immer mit der Absicht, die Verwirklichung unserer eigenen Ziele näherzukommen. Diese Teilnahme läßt uns das Gewicht unserer eigenen Kraft spüren, wenn wir uns einsetzen, um unserer Bewegung durch Propaganda und Organisation die nötigen Mittel zu geben, die ihr erlauben, ihre Gegener zu überwinden. Gleichfalls muß man überall, wo es möglich ist, unser soziales System verwirklichen, als Modell und als Beispiel. Unserer Organisationen müssen im Rahmen ihrer Möglichkeiten größten Einfluß auf die anderen Richtungen ausüben, um sie

in unsere eigene Aktion einzubeziehen, das heißt: in den gemeinsamen Kampf gegen alle Feinde, die Staat und Kapital verkörpern. Dabei muß man immer die jeweiligen Bedingungen von Ort und Zeit berücksichtigen, jedoch unbeirrt festhalten an den Zielen der Bewegung der Arbeiterbefreiung.

2. Die Grundsätze des revolutionären Syndikalismus

1) Der revolutionäre Syndikalismus begründet sich auf dem Klassenkampf. Er strebt die Vereinigung aller Arbeiter in wirtschaftlichen Kampforganisationen an, die für die Befreiung vom doppelten Joch des Kapitals und des Staates kämpfen. Sein Ziel ist die Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens auf der Grundlage des freiheitlichen Kommunismus mit dem Mittel der revolutionären Aktion der Arbeiterklasse. Er vertritt den Standpunkt, daß allein die Wirtschaftsorganisationen des Proletariats fähig sind, dieses Ziel zu erreichen, und wendet sich daher an die Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Produzenten, als Erzeuger gesellschaftlichen Reichtums, um unter ihnen zu keimen und zu sprießen; er stellt sich den modernen Arbeiterparteien entgegen, die er als unfähig zur wirtschaftlichen Neugestaltung der Gesellschaft erklärt.

2) Der revolutionäre Syndikalismus ist der erklärte Feind jedes wirtschaftlichen und sozialen Monopols und erstrebt deren Beseitigung durch Wirtschaftsgemeinschaften und Verwaltungsorgane unter der Leitung der Fabrik- und Landarbeiter auf dem Boden eines Systems freier Räte, die keiner politischen Macht oder Partei unterstellt sind. Gegen die Politik des Staates und der Parteien stellt der revolutionäre Syndikalismus die Wirtschaftsorganisation der Arbeit, der Herrschaft des Menschen über den Menschen setzt er die Verwaltung der Dinge entgegen. So besteht folglich das Ziel des revolutionären Syndikalismus

nicht in der Eroberung der politischen Macht, sondern vielmehr in der Ausschaltung jeder staatlichen Funktion aus dem Leben der Gesellschaft. Der revolutionäre Syndikalismus ist der Meinung, daß mit dem Verschwinden des Eigentumsmonopols auch das Herrschaftsmonopol verschwinden muß, und daß der Staat in jeder Form, wie er sich auch verkleiden mag, niemals ein Werkzeug der menschlichen Befreiung sein kann, sondern im Gegenteil, immer nur der Schöpfer neuer Monopole und neuer Privilegien sein wird.

3) Die Aufgabe des revolutionären Syndikalismus ist eine zweifache: den revolutionären Tageskampf zu führen für die wirtschaftliche, soziale und geistige Besserstellung der Arbeiterklapsse innerhalb der Grenzen der heutigen Gesellschaft, und die Massen heranzubilden für eine selbständige Lenkung des Produktions- und Verteilungsprozesses sowie für die Übernahme aller Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens Der revolutionäre Syndikalismus billigt nicht die Ansicht, die Organisation einer Gesellschaftsordnung, die sich in ihrer Gesamtheit auf die Produzenten stützt, könne angeordnet werden durch einige schlichte Regierungserlässe; er ist vielmehr der festen Überzeugung, daß sie nur erreicht werden kann durch die gemeinsame Aktion aller Hand- und Kopfarbeiter in jedem Industriezweig, durch die Verwaltung der Fabriken durch die Arbeiter selbst; und zwar in der Form, daß jede Gruppierung, Fabrik oder Branche selbständiges Glied des allgemeinen Wirtschaftsorganismus ist und demgemäß einen festgelegten Plan auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen systematisch die Produktion und die Verteilung regelt im Interesse der Allgemeinheit.

4) Der revolutionäre Syndikalismus ist Gegner aller Organisationsbestrebungen, die sich am Zentralismus des Staates und der Kirche orientieren; denn sie können nur dazu dienen, das Leben des Staates und der Autorität zu verlängern und den

Geist der Eigeninitiative und des selbständigen Denkens systematisch zu ersticken. Der Zentralismus ist die künstliche Organisation, die die sogenannten unteren Ebenen den als obere Ebenen titulierten unterwirft, und die einer Minderheit die Regelung der Angelegenheiten der Allgemeinheit überläßt; - der einzelne wird dabei zum Roboter; ferngesteuert im Handeln und Auftreten. In der zentralistischen Organisation treten die Werte der Gesellschaft hinter die Interessen einiger weniger zurück, die Vielfalt muß der Einförmigkeit weichen, an die Stelle persönlicher Verantwortlichkeit tritt eine tote Disziplin. Aus diesem Grund siedelt der revolutionäre Syndikalismus seinen gesellschaftlichen Entwurf innerhalb einer breiten föderalistischen Organisation an, d.h. der Organisation von unten nach oben, der Vereinigung aller Kräfte auf der Grundlage der Ideen- und Interessengemeinschaft.

5) Der revolutionäre Syndikalismus verwirft jede parlamentarische Tätigkeit und jede Mitwirkung in den gesetzgebenden Körperschaften. Denn er sieht, daß auch das freieste Wahlrecht nicht die offenkundigen Widersprüche verschwinden lassen kann, die im Innern der heutigen Gesellschaft bestehen. Das parlamentarische System hat nur einen Zweck: der Herrschaft der Lüge und der gesellschaftlichen Ungerechtigkeit den Anschein des Rechts zu verleihen.

6) Der revolutionäre Syndikalismus verwirft alle willkürlich gezogenen politischen und wirtschaftlichen Grenzen. Er erklärt, daß der sogenannte Nationalismus nur die Religion des modernen Staates ist, hinter der sich die materiellen Interessen der besitzenden Klasse verbergen. Der revolutionäre Syndikalismus anerkennt keine anderen Unterschiede als die der wirtschaftlichen Ordnung von Völkern oder Volksgruppen; er fordert für jede

Gruppierung das Recht auf Selbstbestimmung in solidarischen Übereinkommen mit allen anderen Vereinigungen der gleichen Ordnung.

7) Aus den gleichen Gründen bekämpft der revolutionäre Syndikalismus den Militarismus und den Krieg. Er setzt sich für die Propaganda gegen den Krieg ein und für die Ersetzung der stehenden Heere, die nur Werkzeuge der Konterrevolution im Dienste des Kapitalismus sind, durch die Arbeitsmilizen, die während der Revolution von den Arbeitergewerkschaften kontrolliert werden. Er fordert darüber hinaus den organisierten Boykott gegen alle zur Kriegsführung benötigten Grundstoffe und Produkte; eine Ausnahme soll nur in dem Fall gemacht werden, daß es sich um ein Land handelt, wo die Arbeiter eine soziale Revolution durchführen; in diesem Fall muß man sie bei der Verteidigung der Revolution unterstützen. Schließlich befürwortet der revolutionäre Syndikalismus den vorbeugenden und revolutionären Generalstreik als Mitttel, um gegen Krieg und Militarismus vorzugehen.

8) Der revolutionäre Syndikalismus tritt mit Nachdruck für die Direkte Aktion ein. Er unterstützt und ermutigt alle Kämpfe, die nicht im Widerspruch zu seinen eigenen Zielen stehen. Seine Kampfmittel sind der Streik, der Boykott, die Sabotage usw. Die Direkte Aktion findet ihren höchsten Ausdruck im Generalstreik, der vom Standpunkt des revolutionären Syndikalismus her gleichzeitig der Auftakt der sozialen Revolution sein soll.

9) Feind jeder organisierten Gewalt in der Hand von jeder Art von Regierung, verkennt der revolutionäre Syndikalismus nicht, daß es während der entscheidenden Kämpfe zwischen dem Kapitalismus von heute und dem freien Kommunismus von morgen zu äußerst gewaltsamen Zusammenstößen kommen wird. Er anerkennt infolgedessen die Gewalt als Verteidigungsmittel gegen die Gewaltmethoden der herrschenden

Klassen während der Kämpfe, die das revolutionäre Volk um die Enteignung des Landes und der Produktionsmittel führt. Da diese Enteignung nur begonnen werden kann und zum Erfolg geführt werden kann durch das direkte Eingreifen der revolutionäre Wirtschaftsorganisationen der Arbeiter, muß die Verteidung der Revolution in den Händen der wirtschaftlichen Organe liegen und darf nicht einer militärischen oder ähnlichen Organisation überlassen werden, die sich außerhalb von ihnen entwickelt.

lo) Nur in den revolutionären Wirtschaftsorganisationen findet sich die Kraft, die sie befähigt, ihre Befreiung zu verwirklichen und die schöpferische Energie, die notwendig ist, für die Neugestaltung der Gesellschaft auf der Grundlage des freiheitlichen Kommunismus.

3. Name der internationalen Organisation

Das revolutionäre Band von Kampf und Solidarität, das die revolutionären Syndikalisten der Welt vereint, heißt

INTERNATIONALE ARBEITER-ASSOZIATION (I.A.A.)

4. Ziele und Aufgaben der I.A.A.

Die I.A.A. hat zur Aufgabe:

a) den revolutionären Kampf in allen Ländern zu organisieren und zu unterstützen mit dem Ziel, endgültig die gegenwärtigen politischen und ökonomischen Systeme zu vernichten und den FREIHEITLICHEN KOMMUNISMUS zu errichten;

b) den gewerkschaftlichen Wirtschaftsorganisationen eine nationale und industrielle Grundlage zu geben, und wo solche schon bestehen, diejenigen zu stärken, die entschlossen sind, für die Vernichtung des Kapitalismus und des Staates zu kämpfen;

c) jede politische Partei an der Unterwanderung der gewerkschaftlichen Wirtschaftsorganisationen zu hindern und entschieden jeden Versuch der politischen Parteien zu bekämpfen, die Gewerkschaften zu beherrschen;

d) wenn die Umstände es erforderlich machen, gemäß einem bestimmten Programm, das nicht im Widerspruch zu den vorangegangenen Punkten a), b) und c) stehen soll, provisorische Bündnisse mit anderen proletarischen, gewerkschaftlichen und revolutionären Organisationen zu schließen mit dem Ziel, gemeinsame internationale Aktionen im Interesse der Arbeiterklasse festzulegen und durchzuführen; solche Bündnisse dürfen niemals mit politischen Parteien, d.h. mit Organisationen, die den Staat als System der gesellschaftlichen Ordnung bejahen, eingegangen werden;

e) die willkürliche Gewaltanwendung aller Regierungen gegen die Revolutionäre, die der Sache der Sozialen Revolution ergeben sind. anzuprangern und zu bekämpfen;

f) alle Probleme, die das Weltproletariat betreffen, zu untersuchen, um die Bewegungen in einem Land oder in verschiedenen zu stärken und zu entwickeln, die auf die Verteidigung der Rechte und neue Eroberungen der Arbeiterklasse abzielen, oder für die Organisation der emanzipatorischen Revolution selbst;

g) jede Leistung gegenseitiger Hilfe in Gang zu setzen im Falle großer wirtschaftlicher Kämpfe oder zugespitzter Kämpfe gegen die erklärten Feinde der Arbeiterklasse;

h) moralisch und materiell die Klassenbewegungen der Arbeiter in jedem Land, wo sich die Verwaltung in den Händen der nationalen Wirtschaftsorganisation des Proletariats befindet, zu unterstützen.

Die Internationale greift in die gewerkschaftlichen Angelegenheiten eines Landes nur ein, wenn die Mitgliedsorganisation darum bittet oder wenn diese sich von den allgemeinen Richtlinien der Internationale lossagt.

5. Bedingungen für die Mitgliedschaft

Der I.A.A. können sich anschließen:

a) nationale revolutionär-syndikalistische Organisationen, die keiner Internationale angehören. Der Beitritt einer zweiten nationalen Organisation desselben Landes kann nur von einem Internationalen Kongress zugelassen werden, nach Information durch eine vom Sekretariat der I.A.A. benannten Kommission; diese besteht aus je zwei Mitgliedern der beiden betroffenen Organisationen, da.h. der National-Organisation, die schon angeschlossen ist und der anderen Landesorganisation, die sich anschließen will, sowie dem Sekretariat der I.A.A.

b) Minderheiten revolutionärer Syndikalisten, die in nationalen Organisationen organisiert sind, die an andere gewerkschaftliche Internationalen angeschlossen sind, nur in dem Fall, wenn dies von der I.A.A. angeschlossenen Landesorganisation gebilligt wird, sofern eine solche besteht.

c) unabhängige oder an nicht der I.A.A. angehörende National-Organisationen angeschlossene gewerkschaftliche Berufs- oder Industrieorganisationen, die die Prinzipienerklärung der I.A.A. annehmen, jedoch mit dem Einverständnis der schon der I.A.A. angehörenden nationalen Organisation in diesem Land, sofern eine solche besteht.
Die gewerkschaftlichen Berufs- oder Industrieorganisationen, die aus einer Mitgliederorganisation der I.A.A. austreten oder ausgeschlossen worden sind, kann der Beitritt zur Internationale nur zugestanden werden durch einstimmigen Be-

schluß einer Konferenz, die aus je zwei Mitgliedern jeder Mitgliedsorganisation, d.h. der ausgetretenen oder ausgeschlossenen Organisation, der Landesorganisation der I.A.A. und dem Sekretariat der I.A.A. besteht.

d) jede revolutionär-syndikalistische Propagandaorganisation, die die Prinzipienerklärung der I.A.A. billigt und die in einem Land arbeitet, wo es keine nationale Mitgliedsorganisation der I.A.A. gibt.

e) da die I.A.A. nur aus legalen oder illegalen Sektionen mit direkter Verbindung innerhalb der entsprechenden Länder besteht, können folglich nur diejenigen Exilgruppen als Sektionen der I.A.A. anerkannt werden, die vor dem Sekretariat der I.A.A. klar belegen können, daß sie wirklich Organisationen vertreten, die in den entsprechenden Ländern wirken und arbeiten.

6. Die Internationalen Kongresse

Die Internationalen Kongresse der I.A.A. finden nach Möglichkeit alle zwei Jahre statt.

Das Sekretariat erbittet genügend lange vor dem Kongreß von den Sektionen die Themen oder Vorschläge, die auf dem Kongreß behandelt werden sollen. Damit stellt das Sekretariat die Tagesordnung zusammen, die - zusammen mit den vorgelegten Anträgen - mindestens sechs Monate vor Kongreßbeginn an die Mitgliedsorganisationen verschickt wird.

Die Beschlüsse und Entschließungen, die auf den Internationalen Kongressen angenommen werden, sind verbindlich für alle Mitgliedsorganisationen, ausgenommen wenn diese durch Entscheidung eines nationalen Kongresses oder durch Referendum die Beschlüsse des Internationalen Kongresses verwerfen.

Auf Antrag von mindestens drei nationalen Mitgliedsorganisationen kann ein internationaler Beschluß der Überprüfung durch ein allgemeines Referendum in allen Sektionen unterworfen werden.

Bei den Kongressen und internationalen Referenden verfügt jede angeschlossene Zentrale über eine Stimme; dabei ist empfehlenswert, die Einstimmigkeit zu suchen, bevor man auf das Mittel der Abstimmung zurückgreift.

7. Internationaler Übertritt

Jedes Mitglied einer der I.A.A. angeschlossenen Organisation, das alle seine Beiträge bezahlt hat, jedoch seinen Wohnsitz in einem anderen Land nimmt als jenem, wo es als Mitglied eingeschrieben wurde, muß spätestens einen Monat nach seiner Ankunft seinen Übertritt zu der entsprechenden Organisation der nationalen Mitgliedsorganisation bewilligt werden ohne Erhebung einer Beitrittsabgabe.

Im Falle von massenhaftem erzwungenen Exil ist die Mitgliedschaft freiwillig, wenn man einer von der I.A.A. anerkannten Exilorganisation angehört.

8. Das Sekretariat

Um die internationalen Aktivitäten der I.A.A. zu koordinieren, um eine genaue Information über die Propaganda und den Kampf in allen Ländern zu erhalten und zu organisieren, um bestmöglich die Beschlüsse der Internationalen Kongresse auszuführen und um für die ganze Arbeit der I.A.A. zu sorgen, wird ein Sekretariat aus fünf Personen gewählt, die dort wohnhaft sind, wo die I.A.A. ihren Sitz festlegt. Der Generalsekretär wird vom Kongreß oder durch internationales Referendum gewählt. Die übrigen Mitglieder sind durch die Sektion oder Sektionen zu wählen, die der Kongreß benennt. Die Mitglieder

des Sekretariats teilen unter sich die Aufgaben und die Arbeit auf. Sekretär und Sekretariat sind gewählt wie oben beschrieben für einen Zeitraum von Kongreß zu Kongreß. Jedoch ist einmal Wiederwahl für eine weitere Tätigkeitsperiode möglich.

Das Sekretariat setzt sich wie folgt zusammen:

Der Generalsekretär ist verantwortlich für die Koordinierung der Arbeit des Sekretariats sowie für die Einberufung von Sekretariatstreffen und Internationalen Kongressen. Darüber hinaus repräsentiert er die I.A.A. nach außen.

Der Propagandasekretär ist verantwortlich für die Herausgabe des "I.A.A.-Bulletin", für den Austausch von Propaganda-Material zwischen den einzelnen Sektionen sowie für die Koordinierung der I.A.A.-Propaganda als Internationale.

Der Koordinationssekretär ist verantwortlich für die Kontakte zwischen dem Sekretariat und den einzelnen Sektionen sowie für Kontakte zu anderen Organisationen, die (noch) nicht der I.A.A. angehören und in Punkt fünf dieser Statuten nährer beschrieben sind.

Der Sekretär für Verwaltung ist verantwortlich für die Finanzen der I.A.A.

Der Sekretär für Dokumentation ist verantwortlich für die Sammlung und Archivierung all derjenigen Materialien, die von der I.A.A. oder ihren Sektionen herausgegeben werden.

Insbesondere um die Kontakte zu den nordeuropäischen Sektionen zu erleichtern, sollte zumindest ein Mitglied des Sekretariats englisch sprechen.

Der Sitz des Sekretariats wird auf dem Kongreß festgelegt. Ist dies nicht möglich, geschieht

Das Sekretariat gibt einen schriftlichen Bericht über seine Aktivitäten während der Tätigkeitsperiode seit dem Kongreß. Der Bericht muß frühzeitig vorgelegt werden, damit die Mitgliedssektionen davon Kenntnis nehmen können, bevor der Kongreß abgehalten wird.

Gleichzeitig wird ein Rechenschaftsbericht über die Finanzlage vorgelegt und den Sektionen zugeschickt.

Der Kongreß benennt eine Kommission, die während seines Verlaufes eine Überprüfung der Bücher mit endgültiger Kontrolle durchführt.

9. Die Finanzen

Damit die I.A.A. ihre internationalen Aktivitäten entwickeln und stärken kann, und um ihrer geschriebenen Propaganda eine solide Grundlage zu geben, damit sie regelmäßig ihre periodischen Publikationen herausgeben kann;

damit sie an allen Ausdrucksformen des Lebens des revolutionären Syndikalismus in den verschiedenen Ländern teilnehmen kann;

damit sie in der Lage ist, den Ideen des revolutionären Syndikalismus in den verschiedenen Ländern, wo unsere Ideen und Taktiken nur spärlich vertreten sind, mehr Kraft zu geben; und schließlich,

damit die I.A.A. zufriedenstellend und unmittelbar den Aufrufen zur Solidarität, die man an sie richtet, entsprechen kann, -

hat jedes Mitglied einer der I.A.A. angeschlossenen Organisation jährlich als Internationalen Beitrag einen Betrag von FF lo oder einer entsprechenden Summe in Landeswährung unter Berücksichtigung des Wechselkurses zu zahlen.

Für die Sektionen, die sich in Schwierigkeiten befinden, wird der Beitrag in Abstimmung mit dem Sekretariat der I.A.A. festgesetzt. Jede Sektion

regelt für sich selbst das Verfahren des Beitragseinzugs von ihren Mitgliedern. Für die Sektionen, die dies wünschen, hat die I.A.A. eine Sondermarke, die in das Mitgliedsbuch eingeklebt werden kann.

Die angeschlossenen Sektionen übersenden der I.A.A. halbjährlich den vereinbarten Beitrag.

lo. Veröffentlichungen

Das Sekretariat gibt heraus:

1) Eine Veröffentlichung, die so häufig wie möglich herauskommen soll. Es ist wünschenswert, daß jede Zeitung, die von Mitgliedsorganisationen der I.A.A. oder von Sympatisanten herausgegeben wird, auf ihren Seiten gesonderten Platz für I.A.A.-Informationen, für Aufrufe zur internationalen Solidarität und für Propaganda allgemein bereithält.

2) Propaganda-Broschüren, hauptsächlich für Länder bestimmt, wo unsere Bewegung keine angeschlossene Landesorganisation hat.

3) Alle anderen Veröffentlichungen, seien sie periodisch oder nicht, die die Kongresse beschließen.

Statuten angenommen auf dem Gründungskongreß der I.A.A. in Berlin, Dezember 1922. - Geändert durch die Kongresse der I.A.A. in Madrid 1931, Paris 1935, Paris 1938, Toulouse 1951, Puteaux 1953, Marseille 1956, Toulouse 1958, Montpellier 1971.

Text der I.A.A.-Statuten vollständig gebilligt und angenommen auf dem XVI. Kongreß der I.A.A.

Paris 1979

Deutsche Fassung erstellt durch die Nationalkomitees der Initiative Freie Arbeiter Union

Köln, Juli 1977

Dortmund, April 1979



INTERNATIONALE ABKÜRZUNGEN

I.A.A.) - Internationale Arbeiter Assoziation
A.I.T.) (span./franz.)
A.I.L.) (ital.)
I.W.A.) (engl.)

Mitgliedsorganisationen

N.S.F. - Norsk Syndikalistisk Federasjon (Norw.)

A.S.F. - Anarko-Syndikalistisk Federation (Schw.)

A.S.O. - Anarko-Syndikalistisk Organisation (Dän.

D.A.M. - Direct Action Movement (GB)

F.A.U. - Freie Arbeiter Union (D)

CNT(-F) - Confédéracion Nationale du Travail (F)

U.S.I. - Unione Sindacale Italiana (Italien)

CNT(-E) - Confederación Nacional del Trabajo (Spar

AIT-J - Spanische Übersetzung der Japanischen Sektion

FORA - Federación Obrera Regional Argentina

FORVE - Federación Obrera Regional Venezuela

L.W.G. - Libertarian Workers Group (USA)

O.V.B. - Onafhankelijke Verbond van Bedrijforgani (Holland)
Linker Gewerkschaftsbund mit anarcho-syn kalistischen Tendenzen, vor allem bei de Jugendorganisation

CRIFA - Verbindungskommission der anarchistische Internationalen

Nachwort

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor Euch liegt die dritte Ausgabe unserer Arbeitsgrundlage.
Es sind einige Dinge herausgenommen worden, so z.B. die Gründungserklärung und der Artikel "Die bisherige Entwicklung unserer Organisation". Beide waren in der vorliegenden Form nicht mehr auf die Fragestellung der heutigen Situation ausgerichtet bzw. hätten stark aktualisiert werden müssen. Durch den Gesamtzusammenhang der neuen Arbeitsgrundlage sind sie aber eigentlich nur von historischem Interesse.
Seit der Herausgabe der zweiten Auflage der Arbeitsgrundlage sind eine Reihe inhaltlich wichtiger Beschlüsse hinzugekommen und im Anhang findet Ihr noch zwei unvollständige, nur zur Orientierung beigefügte Protokolle von Arbeitsgruppen des Pfingstkongresses 1982. Bezüglich des unvollständigen Protokolls für Antimilitarismus verweisen wir auf das inzwischen erschienene Faltblatt zum selben Thema.

Unser Name ist durch den Beschluß des Pfingstkongresses 1983 in Köln FREIE ARBEITER UNION.
Das früher vorangestellte 'Initiative' wurde fallengelassen, da wir über das Stadium einer reinen Initiative hinaus sind. Seit mehreren Jahren arbeiten wir inhaltlich und organisatorisch verbindlich.

In der Arbeitsgrundlage erscheinen nur Beschlüsse von grundsätzlicher Bedeutung für die Organisation. So kann es sein, daß Kongresse, die sich überwiegend mit sehr praktischen, oft tagesaktuellen Dingen beschäftigt haben, in der Arbeitsgrundlage kaum in Erscheinung treten - was nicht heißt, daß auf diesen Kongressen nicht wichtige Arbeit geleistet worden ist.

Unsere Organisation unterscheidet sich wesentlich von anderen Organisationsformen; und das findet auch seinen Niederschlag in der Arbeitsgrundlage. So werden bei uns keine Gesamtstrategien mit Lösungen zu allen Fragen, die zwangsläufig nur Lösungen am grünen Tisch sein können in der Art von Parteiprogrammen veröffentlicht. Vielmehr greifen wir als Gesamtorganisation nur die Fragen auf nationaler Ebene auf, zu denen eine gründliche Diskussion auf dem Hintergrund gemachter Erfahrungen stattgefunden hat. In allen anderen Fragen bleibt es den einzelnen Mitgliedern bzw. den örtlichen Gruppen überlassen, im Rahmen unserer allgemeinen Orientierung tätig zu werden. Diese allgemeine Orientierung ist ausgedrückt in der Prinzipienerklärung der FAU und der Prinzipienerklärung und den Statuten der I.A.A. Auch die organisatorischen Regelungen, die sich in den Statuten ausdrücken, werden bei uns nicht am grünen Tisch entworfen, sondern in dem Maße verbindlich geklärt, wie sie in der praktischen Arbeit als Probleme, die geregelt werden müssen, auftreten. Bei unserer verhältnismäßig jungen Organisation sind daher die Statuten noch recht unvollständig. Insgesamt ist die Aufgabe der Arbeitsgrundlage folgende: Sie soll den Rahmen bilden, in dem sich die kollektive Entwicklung der FAU vollzieht.

Jeder, der auf dieser Grundlage mit uns zusammenarbeiten will, ist uns willkommen.

Köln, im Mai 1984